

GUTENACHRICHTEN

UTE VOGT

SPD



Nr. 6, Mai 2012

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

Vive la France! Wir freuen uns mit unseren Nachbarn, wohlwissend, dass auf François Hollande keine leichte Aufgabe wartet. Wenig hilfreich sind dabei die wohlmeinenden Ratschläge der deutschen Kanzlerin. 'Sparen, sparen, sparen' empfiehlt sie und suggeriert, dass dies das deutsche Erfolgsgeheimnis gewesen sei. Richtig ist etwas anderes, das bei uns in der Region vielleicht stärker spürbar war als in anderen Teilen Deutschlands:

Die Konjunkturprogramme aus der Feder von Frank-Walter Steinmeier, zusammen mit Ministern wie Peer Steinbrück und Olaf Scholz in der Großen Koalition umgesetzt. Ob Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie oder Zuschüsse zur energetischen Sanierung oder Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, alles samt Beispiele für Investitionen und Maßnahmen, die in wirtschaftlich schwieriger Zeit dazu beigetragen haben, Arbeitsplätze zu sichern und die Nachfrage nicht ganz einbrechen zu lassen.

Also nicht vergessen: Wir sind es gewesen! Und nachdem Michael Sommer am 1. Mai bei uns in Stuttgart zwar diese Fakten gewürdigt hat, allerdings ohne Hinweis auf die Urheber, ist es an Sozialdemokratinnen und -demokraten, das Gedächtnis der interessierten Öffentlichkeit hier aufzufrischen. Glück auf!

Ihre / Eure

Inhalt

„Lok. Agenda Sillenbuch“	S. 2	Studiengebühren	S. 5
„Planspiel Zukunftsdialog“	S. 2	Gleicher Lohn	S. 5
Gäubahn-Lärm	S. 3	Bundestagsticker	S. 6
Bolzplatz-Tour	S. 3	Kontakt	S. 6
Stuttgart in Berlin	S. 4		

"Lokale Agenda Sillenbuch" in Berlin: Ein gutes Beispiel für gelebte Nachhaltigkeit

25.04.2012 | "Nachhaltigkeit ein Gesicht geben" lautete das Motto der Nachhaltigkeits-Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion. Auf Einladung der Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt stellte die "Lokale Agenda Sillenbuch" ihre Arbeit auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes interessierten Gästen und Politikern vor. "Es geht darum, Zukunftsfähigkeit nicht nur in Sonntagsreden hochzuhalten, sondern Nachhaltigkeit auch vor Ort mit Leben zu füllen. Die "Loka-

le Agenda Sillenbuch" leistet bei uns schon lange einen großen Beitrag dazu", erklärte Ute Vogt. Insgesamt 50 Initiativen aus ganz Deutschland präsentierten ihre lokale Arbeit an einem der globalen Zukunftsthemen. "Im Vorfeld des Erdgipfels ‚Rio+20‘ im Juni wollen wir mit der Konferenz den vielen Nachhaltigkeitsinitiativen und Bürgerprojekten eine Plattform geben", so Vogt weiter. "Über die SPD wollen wir die Vernetzung der Initiativen fördern und versuchen, voneinander zu lernen. Die guten Projektideen auf der Konferenz müssen auch andernorts Nachahmer finden". Auf einem ‚Markt der Möglichkeiten‘ zeigten unter anderem Agenda-Gruppen, Schulprojekte, internationale Patenschaftsprogramme, Naturschutz- und Fairtrade-Initiativen, wie vielfältig das Nachhaltigkeitsengagement in Deutschland ist. Eine anschließende Podiumsdiskussion mit hochrangigen Vertretern des Nachhaltigkeitsrates, WWF, Oxfam und B.A.U.M. e.V. zeigte auf, an welchen Stellen Politik und Gesellschaft noch neue Wege gehen müssen, um das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft zu erreichen.



v.l.n.r. Reinhard Retzlaff, Ute Vogt MdB, Eckhard Philippsen (Sprecher), Volker Ruta
Foto: Büro Ute Vogt

...

„Abgeordnete“ für drei Tage: Zwei junge Frauen aus Stuttgart beim „Planspiel Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion

Vom 6. bis 8. Mai führte die SPD-Bundestagsfraktion als erste Fraktion ein eigenes Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 20 Jahren im Bundestag durch. Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt nahmen die Stuttgarterinnen Dilara Bas und Graziella Marino am „Planspiel Zukunftsdialog“ teil.

Drei Tage lang schlüpfen rund 140 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende aus ganz Deutschland in die Rolle der Abgeordneten und lernen die Arbeit einer Bundestagsfraktion kennen. Was muss getan werden, damit Bildung in Deutschland besser wird? Wie verhindern wir Fachkräftemangel? Wie schaffen wir es, dass es am Arbeitsmarkt gerechter zugeht? Wie kann Integration besser gelingen? Zu diesen und anderen Fragen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Ideen und entwickelten parlamentarische Initiativen.

Bereits vor Beginn des Planspiels hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich auf der Online-Dialogplattform der Fraktion (→zukunftsdialog.spdfraktion.de) über die gestellten politischen Themen auszutauschen. Zum Abschluss haben die Jugendlichen ihre



v.l.n.r.: Graziella Marino, Ute Vogt und Dilara Bas
Foto: Büro Ute Vogt

Ergebnisse den Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion vorgestellt und übergeben.

„Mit dem Planspiel Zukunftsdialog möchten wir junge Menschen für Politik begeistern und eine neue Form des Dialogs zwischen Jugendlichen und Abgeordneten etablieren“, so Ute Vogt. Das Planspiel soll künftig jährlich stattfinden.

...

Anwohner der Gäubahntrasse müssen entlastet werden!

Die Lärmbelastung durch die Güterzugumleitung auf der Gäubahntrasse muss so gering wie möglich gehalten werden! In einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, habe ich mich dafür eingesetzt, die Belastungen der Anwohner an der Gäubahntrasse durch die Güterzugumleitung während des Gleisneubaus zwischen Böblingen und Renningen so gering wie möglich zu halten. Konkret wollte ich wissen, ob eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Güterzüge möglich sei und inwieweit statt alter, lauter Wag-

gons moderne, leise Güterzugwaggons auf der Gäubahntrasse während der Zeit der Umleitung eingesetzt werden könnten.

Die Antwort der Bahn AG war leider wenig erfreulich. Modernere und damit leisere Güterzüge einzusetzen, ließe sich leider nicht umsetzen, da die Bahn verpflichtet sei, alle zugelassenen Wagen zu befördern und keine rechtliche Handhabe besäße, bestimmte Wagengattungen von der Beförderung über diese Strecke auszuschließen.

Auf die Möglichkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung wur-

de erst nach erneuter Anfrage in einem zweiten Antwortschreiben eingegangen! Darin wurden zeitliche Zwangspunkte für Güterlogistikzüge gegen eine Geschwindigkeitsbeschränkung ebenso angeführt wie der enge Fahrplankontakt der S-Bahnen zwischen Zuffenhausen und S-Schwabstraße. Weiterhin müssten talabwärts rollende Züge zur Geschwindigkeitsreduzierung abgebremst werden, was zusätzlichen Lärm erzeuge. Die dargelegten Gründe klingen plausibel, bringen für die Betroffenen aber natürlich keine Erleichterungen. Ich werde jedenfalls noch ein persönliches Gespräch mit Vertretern der Bahn suchen, um wirklich alle Möglichkeiten einer Entlastung nochmals ausführlich zu erörtern. ●●●

Ute Vogt auf Bolzplatz-Tour

Faire gesetzliche Regelung muss endlich gefunden werden!

Am 3. und am 4. April besuchte ich verschiedene mehr oder weniger problematische Bolzplätze in Stuttgart. Problematisch deshalb, weil es immer noch keine faire gesetzliche Regelung gibt, die es auch Jugendlichen möglich macht, einen Bolzplatz angemessen zu nutzen. Das geltende Recht privilegiert Spiellärm bisher nur bei Kindern bis 14 Jahren.

Bei der Rundfahrt wurden sowohl Bolzplätze besucht, die in ihrem Umfeld akzeptiert werden, aber auch solche, bei denen es Probleme mit einzelnen Anwohnern gibt. So mussten beispielsweise in einem Fall nach rechtlichen Auseinandersetzungen die Nutzungszeiten des Platzes in der Fleiner Straße bis auf nur drei Stunden an Werktagen eingeschränkt werden. Die Kinder und Jugendlichen hatten das Nachsehen. Gerade für große Städte muss deshalb eine gesetzliche Regelung gefunden werden, die allen Seiten gerecht wird.

So könnten Bolzplätze auf Bundesebene in die Sportanlagenlärmschutzverordnung aufgenommen werden und dort einen sogenannten „Sozialbonus“ von 3 bis 5 Dezibel erhalten. Damit wäre gewährleistet, dass die Nutzungszeiten für Bolzplätze auf ein vernünftiges Maß angehoben werden könnten, aber immer noch ein ausreichender Lärmschutz für Anwohner bestünde. Die Bundesregierung bekundete hier zwar immer wieder Handlungsabsichten, zeigt aber bisher leider keine ernsthaften Aktivitäten. Ein weiterer Ansatz be-

steht darin, auf Landesebene Bolzplätze in eine Freizeitlärmverordnung aufzunehmen und hier ebenso einen entsprechenden „Sozialbonus“ bei der Lärmimmission einzuführen. Auch damit wäre es möglich,



Bolzplatz in der Dessauer Straße
Foto: Büro Ute Vogt

eine vernünftige Nutzung der Bolzplätze rechtlich abzusichern.

Da es immer am sichersten ist, zweigleisig zuzufahren, werde ich nun mittels konkreter Formulierungsvorschläge an die grün-rote Landesregierung und die Landtagsfraktionen herantreten und parallel dazu im Bundestag erneut einen Antrag zu dem Thema einbringen. ●●●

50 Stuttgarterinnen bohren nach:

Was haben chinesische Tomaten in italienischen Konserven zu suchen?

April, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: 50 Stuttgarterinnen plädieren dafür, dass auf Lebensmittelverpackungen stehen sollte, aus welchen Herkunftsländern der Inhalt stammt. Es könne nicht sein, dass in Italien chinesische Tomaten in die Dosen kämen - mit dem Aufdruck: Produziert in Italien. Ohnehin stehe meist nur darauf, für welche Handelskette produziert worden sei. Die Damen be-

Vogt. Die Männer mussten diesmal zu Hause bleiben, denn Vogt lud für die Gruppe ehrenamtlich Engagierte ein. Die Teilnehmerinnen sind aktiv bei „Frauen helfen Frauen e.V.“ in Süd, „Degerlocher Frauenkreis“, „Möhringer Frauenkreis“, „Unternehmerfrauen im Handwerk“ sowie beim „Sarah Kulturzentrum für Frauen“ in West. Der Referent im Ministerium verweist auf die Lage in Deutschland, in der immer häufiger auf die regionale Herkunft hingewiesen würde. International, so räumt er ein, gestalte sich dagegen der Wunsch der hiesigen Verbraucher schon komplizierter. Die Anregung mitnehmen, das wolle er aber allemal. Leider verblieb wenig Zeit, um noch die Debatte um Genfood fortzuführen, denn weiter ging es mit dem umfangreichen Programm: Das Haus der Abgeordneten in Berlin, die SPD-Zentrale Willy-Brandt-Haus, der Deutsche Bundestag mit anschließendem Kuppelbesuch, dann das Highlight, das Bundeskanzleramt. Tief beeindruckt waren aber alle vom Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, wo ehemalige Inhaftierte aus der Zeit der DDR-Gräueltaten berichten. Nach so vielen bewegenden Eindrücken gab es noch eine letzte Kaffeepause an der Havel und dann hieß es ab in den Zug, zurück nach Stuttgart.



Foto: Atelier Schneider, Berlin – Gruppenfoto vor dem Reichstagsgebäude

finden sich auf einer dreitägigen Informationsfahrt des Bundespresseamtes, eingeladen wurden sie von der SPD-Bundestagsabgeordneten Ute

...

Obst- und Gartenbauvereine besuchen Berlin

Informationsfahrt des Bundespresseamtes auf Einladung von Ute Vogt

Vom 7. bis 10. März haben Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart und Umgebung – darunter viele Vertreter aus den örtlichen Obst- und Gartenbauvereinen auf meine Einladung hin Berlin besucht. Das sehr umfangreiche Programm umfasste unter anderem den Besuch eines Bundesministeriums, des Bundestages und des Bundeskanzleramtes und natürlich der SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-

Haus. Dort entwickelte sich ein sehr spannendes Gespräch mit der Gruppe über die Themen Rederecht, Fraktionszwang und freies Entscheidungsrecht von Abgeordneten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich abschließend einig, dass Informationsfahrten wie diese für das bessere Verständnis von Politik und Demokratie sehr wichtig sind.



Foto: Atelier Schneider, Berlin – Gruppenfoto in der Glaskuppel des Reichstagsgebäudes

...

Start ins Sommersemester – und zwar ohne Studiengebühren!

10.04.2012 | Studierende in Stuttgart starten ins Sommersemester 2012 – und zwar ohne Studiengebühren. Die grün-rote Koalition im Land hat Ende letzten Jahres die Abschaffung der Studiengebühren von 500 Euro pro Semester beschlossen. „Damit sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit und ermöglichen einen fairen Hochschulzugang ohne finanzielle Hürden“, erklärte dazu die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt.

Die Abschaffung der Studiengebühren war schon im Regierungsprogramm der SPD eine zentrale Forderung zur Landtagswahl 2011 gewesen. „Wir setzen also mit diesem Schritt ein wichtiges Versprechen um“, stellt Ute Vogt fest. „Ziel ist, dass wieder mehr Jugendliche ein Studium beginnen, die vom Elternhaus her schwierigere Startchancen haben.“ Abgeschafft wurden die Gebühren



Universität Hohenheim, Foto: Büro Ute Vogt

auch für die auf dem Bachelor aufbauenden Masterstudiengänge.

...

Ute Vogt: Gleicher Lohn für Frauen

Lohndifferenzen gesetzlich beseitigen - Rechtliche Verpflichtung statt fruchtloser Appelle

23.03.2012 | Im Durchschnitt verdienen Frauen bundesweit 23 Prozent weniger als Männer, in Baden-Württemberg sind es sogar 28 Prozent. „Und das, obwohl Frauen



Equal-Pay-Day in Stuttgart, Foto: Büro Ute Vogt

noch nie so gut ausgebildet waren wie heute“, stellt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt fest. Hintergrund des internationalen Aktionstages Equal Pay Day, der am 23. März stattfindet, ist, dass gleiche Arbeit eben noch immer nicht gleich bezahlt wird. Diese sogenannte „Entgeltungleichheit“ hat viele Ursachen. Dazu gehören ge-

ringe Verdienstmöglichkeiten in typischen Frauenberufen, der große Anteil von Frauen mit Erwerbsunterbrechungen bzw. in Teilzeit oder auch die geringe Anzahl von weiblichen Führungskräften. Aber damit allein lässt sich die große Lohnlücke nicht erklären. Wir haben es auch mit schlichter Diskriminierung zu tun. „Deshalb legt die SPD noch im Frühjahr ein Entgeltgleichheitsgesetz im Bund vor“, erklärt Ute Vogt, „weil freiwillige Vereinbarungen ins Leere gelaufen sind, braucht es jetzt Gesetze, um Lohndifferenzen zu beseitigen.“ Um Gehaltslücken in jedem Betrieb ermitteln zu können, müssten nach Vorstellung der SPD geeignete, durch den Bund zertifizierte und zugelassene Lohnmessverfahren verbindlich eingeführt werden. Um den Anteil von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft zu erhöhen, brauche es gesetzlich verbindliche Quotenregelungen. Bei einer Frauenquote für Vorstän-

de und Aufsichtsräte geht es aber auch um eine neue Unternehmenskultur in den Konzernen, was viele Studien belegen.

Bei der Durchsetzung tatsächlicher Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sind neben der Entgeltgleichheit und der Quotenregelung aber noch weitere Schritte notwendig. Es bedarf einer Aufwertung sogenannter Frauenberufe wie beispielsweise der Erzieherin oder Altenpflegerin.

„68 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen. Darum brauchen wir dringend den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn“, betont Ute Vogt. „Wir müssen handeln! Dazu braucht es kein „Jahr der Frau“, wie es die CDU in Baden-Württemberg ausruft, dafür braucht es die Zustimmung im Bundestag, wenn es darauf ankommt, für Entgeltgleichheit, verbindliche Quoten und Mindestlohn zu stimmen.“

...

Kurz notiert...

27.04.2012 | Bei der für den 27. April angesetzten Plenardebatte zu den SPD-Anträgen „Ein neuer Infrastrukturkonsens“ (→Drs.: 17/546) und „Antrag zur Entlastung des Mittelrheintals“ (→Drs.: 17/6452) hat die Regierungskoalition wieder einmal eine Debatte zum Schutz von durch Verkehrslärm geplagte Menschen verhindert. (→ [mehr...](#)).

++++

04.04.2012 | Die Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigen: Das von der Regierungskoalition geplante Betreuungsgeld ist nicht nur inhaltlich nicht haltbar; die Bundesregierung ist nicht einmal bereit, ehrlich die Kosten zu benennen.

Die vom ZEW errechneten zwei Milliarden Euro für 2014 liegen deutlich über den von der Regierung veranschlagten Ausgaben.

++++

30.03.2012 | Röttgen und Rösler kürzen die Solarförderung drastisch und setzen damit auch Arbeitsplätze in der Region Stuttgart aufs Spiel. Wieder einmal hat die Bundesregierung nicht nur den Solarmarkt, sondern auch Bürgerinnen und Bürger massiv verunsichert, die sich aktiv an der Energiewende beteiligen (→ [mehr...](#))

++++

20.03.2012 | Bundesministerin Schröder weigert sich beharrlich, beim Kita-Ausbau Verantwortung zu übernehmen. Sie ruft weder einen neuen Krippengipfel ein noch stockt sie den Bundesanteil an der Kitafinanzierung auf oder bemüht sich

um die Gewinnung weiterer Erzieherinnen und Erzieher. Stattdessen verplempert sie mit den 1,2 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld wertvolle Steuermittel für eine Massnahme, vor der Expertinnen und Experten unisono warnen.

Hinweis:

Über die Bundeszentrale und Landeszentrale für politische Bildung können viele kostenlose bzw. kostengünstige Informationen (Broschüren, Bücher) zu den verschiedensten Themen bestellt werden. Viele Infos gibt es auch direkt als PDF-Datei zum Download. Ein Blick auf die Internet-Auftritte lohnt sich!

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg:
→ www.lpb-bw.de

Bundeszentrale für politische Bildung:
→ www.bpb.de

++++

12.03.2012 | Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und nimmt vielen jungen Menschen Bildungs- und damit Lebenschancen. Das ist im Kern das Ergebnis der Bertelsmann-Studie, die die Bildungspolitik in Bund und Ländern aufrütteln muss. Ohne Chancengleichheit in der Bildung kann keine Gesellschaft sozial gerecht sein. Deshalb braucht Deutschland mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr verlässliche Ganztagsangebote, mehr frühkindliche Bildung und moderne und besser ausgestattete Schulen.

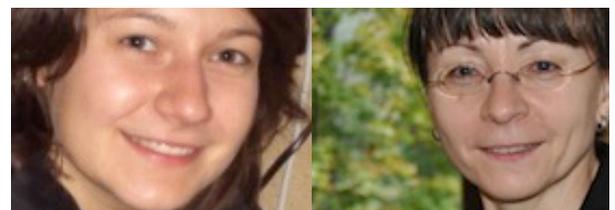
...



Mein Team in Stuttgart:

Dr. Matthias Schrupf und Claudia Eichert

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de



Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de